

DIE LINKE.

GRUPPIERUNG

DIE LINKE

-Ostalbkreis-

Stellungnahme zum Kreishaushalt 2025

Cynthia Schneider

Es gilt das gesprochene Wort

Textbausteine HH Rede 2025

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Bläse,
Sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Kurz,
meine werten Damen und Herren.

Liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen,

ich beginne meine Stellungnahme zum diesjährigen Haushalt, mit den Eingangsworten, die wir in unserer Stellungnahme im Jahr 2023 beschrieben haben:

Letztes Jahr habe ich Sie, lieber Herr Landrat Bläse, zu Ihren Kernbotschaften skizziert, dass zum Haushaltsjahr 2024: - ich zitiere...

„erstmal in der Geschichte des Ostalbkreises ein **negativer Ergebnishaushalt** eingebracht werden muss.“

Nun sind mittlerweile 12 Monate ins Land gezogen, ein neuer Kreistag hat sich gebildet, welcher sich zu einem arbeitsfähigen Gremium entwickelt hat und gleichzeitig –

auch an dieser Stelle gesagt – sind viele Kolleginnen und Kollegen neu in unserer Mitte und somit in Amt und Würden.

Alle hier in diesem Raum – sprich alle Kreisrätinnen und Kreisräte des Ostalbkreises – sind einerseits für sich selbst und andererseits vor allem dem Landkreis verpflichtet, Verantwortung zu übernehmen.

Heute ist unsere gemeinsame Aufgabe, mit den Stellungnahmen und den anschließenden Debatten in den Ausschüssen, zum eingebrachten Haushalt für 2025, einen Konsens zu finden, um schlussendlich unsere Zustimmung für den Etat 2025 zu erteilen.

Allerdings beginne ich nun unsere Stellungnahme mit der groben Skizzierung, unter welchen Vorzeichen wir diese Aufgabe lösen und vor allem gemeinsam und fraktionsübergreifend gestalten sollen:

„... **erstmal**s in der Geschichte des Ostalbkreises wurde seitens des Regierungspräsidiums (RP) der eingebrachte

Haushalt als bisher **nicht genehmigungsfähig** zurückverwiesen.

Der ohne weitere Kürzungen und Einschnitte, die von der Verwaltung in einem Turboverfahren nun ergänzend eingearbeitet werden mussten, zuerst die Grundlage unserer Stellungnahmen und den anschließenden Debatten bildet. Ach, und zu guter Letzt hoffentlich dann seitens dem RP positiv beschieden werden soll.

Diese **Ausgangslage** zwingt uns alle gemeinsam, unsere Positionen, unsere Forderungen und unsere Entscheidungen, die wir Heute und in Zukunft treffen zu überdenken. Ich denke, dass unter diesen Umständen die richtigen Antworten oder Ideen zu finden und zu entwickeln, - gelinde gesagt – dass diese Herausforderung uns fast schon zu Beginn ausweglos erscheint.

Doch unser Ostalbkreis ist vielseitig, schwäbisch, patent und das stimmt mich persönlich wieder hoffnungsvoll.

„**Hoffnung** sieht das Unsichtbare, fühlt das Unfassbare und erzielt das Unerklärbare. (Maximilian Kolbe)“

Ja, Hoffnung ist der Wunsch, dass etwas so ausgeht wie man es sich wünscht...

„**Handeln aus Zuversicht** im Rahmen finanzieller Prioritäten für unsere Zukunft und zum Erhalt unseres Wohlstands“ – mit dieser Zweitüberschrift haben Sie, lieber Herr Landrat Bläse den Haushalt 2025 eingebracht.

Im Duden wird Zuversicht folgendermaßen beschrieben: „**Zuversicht ist das Vertrauen auf eine positive Entwicklung der Zukunft**, auf die Erfüllung bestimmter Wünsche und Hoffnungen.“ Zuversichtlich sind wir hingegen, wenn wir wissen, dass wir die Lösung unseres Problems selbst in der Hand haben.

Auch wir, damit meine ich unsere Gruppierung DIE LINKE, sind und bleiben stets hoffnungsvoll, zuversichtlich und optimistisch. Obwohl wir alle, die volatilen Auswirkungen in all unseren Lebensbereichen tagtäglich wahrnehmen und spüren. Ständige Veränderungen, unvorhergesehene Rahmenbedingungen, komplexe und mehrdeutige Ereignisse haben den gesellschaftlichen Zusammenhalt geschwächt, teilweise gespalten sogar getrennt. Deshalb wird unsere Welt und unser Alltag sowie das Zusammenleben inmitten unserer Gesellschaft als brüchig wahrgenommen.

Daraus entsteht das starke Bedürfnis, dem Chaos der brüchigen Welt zu entfliehen. Der Wunsch nach Sicherheit, Struktur und Stabilität ist fundamental.

Diese subjektiv gefühlte zunehmende Unsicherheit, manifestiert die Existenz- und Zukunftsängste, den Verteilungskampf, unsolidarisches Handeln und ist der Funke der den rechtsradikalen antisemitischen Feuerherd erst recht entfacht. All das erfordert von uns allen wohlge-merkt, ein neues Verständnis unseres Auftrags und unse-rer Verantwortung als Kommunalpolitiker / Kommunalpo-litikerin für unseren Ostalbkreis.

Doch wie können wir Zuversicht, Hoffnung und Opti-mismus in einer allgemeinen Atmosphäre des Pessi-mismus schaffen und zum Ausdruck bringen?

Und wie können wir proaktiv bleiben und gleichzeitig auf sämtliche Ereignisse reagieren, die keiner von uns kontrollieren und vor allem beeinflussen kann?

Wie können wir die Menschen an unseren Ostalb-kreis binden, während womöglich der Arbeitsplatz in naher Zukunft wegrationalisiert werden soll?

Wie können wir flexibel genug bleiben und werden, wenn stets andere Rahmenbedingungen dazu führen, dass die Ursache und Wirkung zudem innovative Entscheidungen und Ideen torpediert?

Wie resilient ist und bleibt unser Ostalbkreis mit einem sehr, sehr engen Korsett (ich meine unseren Haushalt – der eventuell noch enger vom RP geschnürt wird) denn noch zukünftig?

Fragen über Fragen und dahinter steht einzig und allein, die Suche nach Orientierung und Führung. Wir als die handelnden Akteure müssen jetzt und zukünftig mutige Entscheidungen, am besten Partei- und Fraktionsübergreifend treffen, die das Gefühl der Sicherheit, des Zusammenhalts und der Solidarität vermitteln und stärken soll. Dies geschieht nicht mit polemischen Parolen, Entweder- oder Szenarien und Fakten, die aus Kontexten gerissen werden, um bewusst negative Stimmung und Hetze zu betreiben.

Unser **CREDO** lautet: Ein **SOWOHL ALS AUCH** sollte die Grundlage in all unseren Debatten, Entscheidungen und politischen Diskursen sein.

Wirtschaft:

Das Problem ist derzeit die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, diese schreibt vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ausgeglichen sein müssen (sprich die sogenannte „schwarze Null“). Nur bei schlechter Konjunktur darf der Bund bis zu 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Kredit aufnehmen.

Weitergehende Schulden sind nur in außergewöhnlichen „Notlagen“ erlaubt. Die Schuldenbremse engt somit den finanziellen Spielraum des Staates, demzufolge unserer Kommune sprich unserem Ostalbkreis für zentrale Zukunftsinvestitionen und unserem Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge erheblich ein. Obwohl Deutschland im Vergleich der großen Industrienationen mit Abstand die geringste Staatsschuldenquote ausweist. Deshalb sind Staatliche Investitionen für unsere öffentliche Infrastruktur in den kommenden Jahren unumgänglich. Diese Gelder

müssen hier bei uns in der Region für den weiteren Ausbau in Straßen, Schienen, Schulen, den Ausbau von Energie-, Lade – und Wasserstoffnetze eingesetzt werden. Weiterhin zusätzliche Anschubfinanzierungen in die Dekarbonisierung der Industrie, z.B. in Form von Investitionsprämien, Leitmärkten oder in Form verbesserter Abschreibungsmöglichkeiten, die gesetzlich eingeführt werden müssten.

Dies wäre eine Investitionsorientierte Reform der Schuldenbremse. Bei sogenannten einmaligen Investitionen z.B. in die Schiene, in Datennetze oder die Energieinfrastruktur sprechen gute Gründe für eine Kreditfinanzierung: Von diesen Zukunftsinvestitionen profitieren insbesondere auch künftige Generationen, die im Gegenzug auch an der Finanzierung beteiligt werden können.

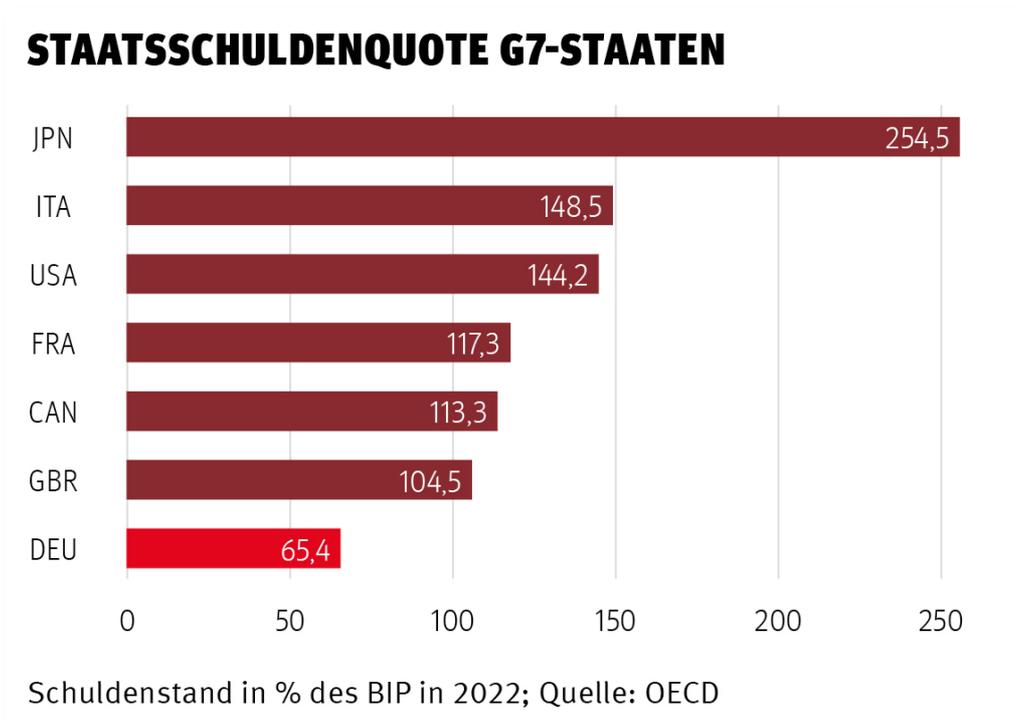
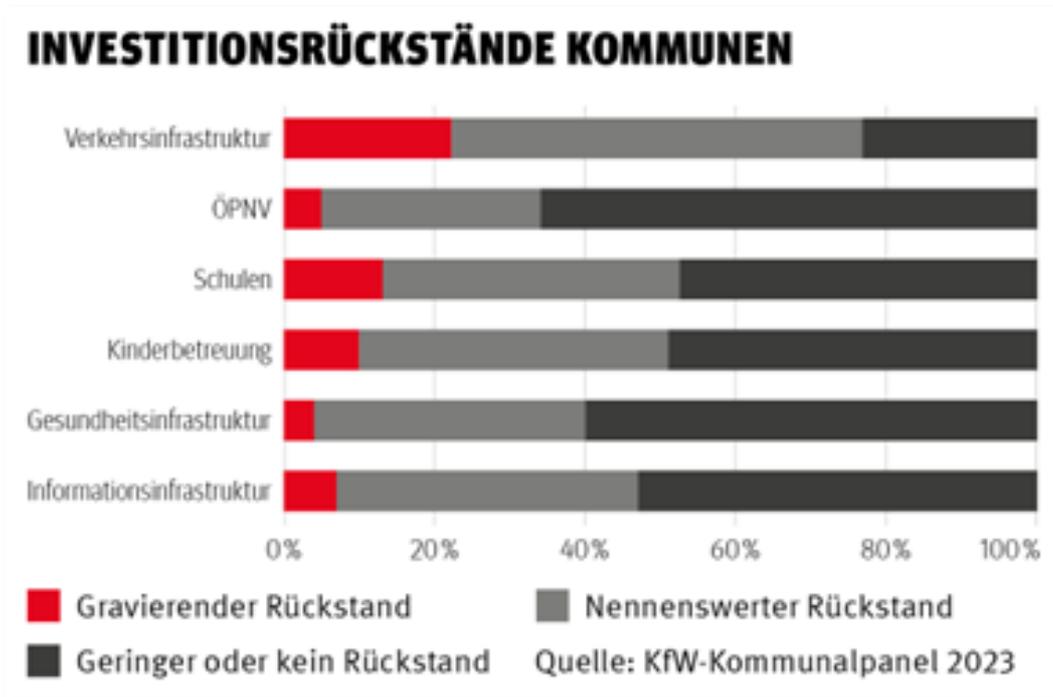
Die industrielle Wertschöpfung ist und bleibt die Quelle für Wohlstand und Beschäftigung.

Deshalb müssen auch unsere öffentlichen Aufträge, die wir in unserer Verantwortung gemeinsam vergeben, an Bedingungen geknüpft sein. Steuergelder dürfen m.E. gerade in unserer Kommune nur dann eingesetzt und

verwendet werden, wenn Tarifbindung, Standort- und Beschäftigungssicherung, Weiterbildung und Ausbildung, klimaneutral und nachhaltig produziert, in den beauftragten Unternehmen Usus ist. Betriebe wiederum investieren nur dann mit voller Kraft in nachhaltige Geschäftsmodelle, wenn es sich lohnt – die Geschäftsmodelle also rentabel sind. Staatliche **Förderprogramme und Investitionen können schnell und effizient Abhilfe schaffen und dadurch unserer Betriebe wieder wettbewerbs- klimafreundlich und zukunftsfähig machen.**

Die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Form ist eine Zukunftsbremse! Notwendig ist eine Abkehr von der schwarzen Null. Wir brauchen eine mutige Investitionspolitik, die den Herausforderungen der Zeit gewachsen ist. Daher fordern wir auch in Bezug auf die Neuwahlen am 23. Februar 2025, dass eine investitionsfreundliche Reform der Schuldenbremse im Mittelpunkt steht. Zentral ist dabei eine neue Goldene Regel für alle Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen. Ein Sondervermögen welches eingerichtet wird, dass ausschließlich für die Transformation, oder zielgerichtet für die Dekarbonisierung in der Wirtschaft eingesetzt werden könnte.

Sowie weitergehende steuerpolitischen Instrumente müssen verschärft in den Blick genommen werden (v. a. die Vermögenssteuer oder Vermögensabgabe).



Denn gleichzeitig sind die privaten Vermögen in den letzten 20 Jahren stark angewachsen. Um es zu verdeutlichen, dass bedeutet das Geldvermögen ist im ersten Quartal 2024 um 216 Milliarden Euro gestiegen und liegt zum Ende des Quartals bei fast 8.000 Milliarden Euro.

Somit besitzen insgesamt die reichsten 10% der Haushalte etwa 60% des gesamten Nettovermögens und zudem bei knapp 80% des Bruttovermögens.

Und deswegen lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir unseren Herzschlag und den Bluthochdruck, wenn wir an den Etats 2025 denken, nur dann normalisieren und harmonisieren können wenn wir **ZUSAMMEN, GEMEINSAM JETZT** handeln.

Deshalb wünsche ich mir, gerade in dieser schwierigen Konstellation, in der wir uns befinden:

WIR gemeinsam überparteilich und überfraktionell für unseren Ostalbkreis, dass jede und jeder hier in dem Raum erkennt, dass WIR diejenigen sind, die

vor Ort an der Basis gestalten und entscheiden können.

WIR gemeinsam, erarbeiten die besten Lösungen, anstatt uns gegenseitig zu diffamieren und / oder durch polemische Aussagen zu spalten.

WIR gemeinsam, sind und bleiben vielseitig, patent und schwäbisch

Gerade weil wir an der Basis in unserer Kommune täglich erleben, was uns die Reform des BTHG an Schwierigkeiten bietet. Wir erleben täglich, dass unser ÖPNV eben nicht so umgestaltet werden kann wie wir es uns gemeinsam ursprünglich, durch den Mobilitätspakt, als Auftrag gemeinsam gegeben haben. Wir erleben täglich die Nöte und Ängste der Menschen, die zudem immer mehr das Vertrauen in unseren Staat sukzessive verlieren. Das schädigt uns allen, wir verlieren den Zusammenhalt.

In diesem Zusammenhang ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass dann die neue geplante Grundsteuerreform wiederum NICHT MEHREINNAHMEN generieren darf.

Allerdings sind etwa 150-250 € im Jahr pro Häusles Besitzer einiges an Einnahmen, die man im städtischen kommunalen Haushalt nutzen könnte.

Ach, und nebenbei erwähnt habe ich in der Süddeutschen Zeitung folgendes erst kürzlich gelesen:

„Die Bundesrepublik Deutschland war gerade mal drei Jahre alt, als Bundeskanzler Konrad Adenauer eine Steuer auf Vermögen einführte. Ausgerechnet ein CDU-Politiker schröpfte die Reichen, könnte man heute denken. Doch das sogenannte Lastenausgleichsgesetz war vor allem aus der Not geboren. Es sollte dabei helfen, Kriegsgeschädigte wie die vielen Vertriebenen besser zu versorgen. Wohlhabende geben etwas von ihrem Vermögen ab, Bedürftige erhalten mehr Geld, so der Gedanke. Heute gibt es in Deutschland keine Steuer auf Nettovermögen mehr. Das Bundesverfassungsgericht kippte die entsprechende Regelung im Jahr 1995, weil die Richter sie in ihrer Form nicht für verfassungsgemäß hielten.“

Das Vermögenssteuergesetz ist aber nicht aufgehoben, sondern nur ausgesetzt.

Deshalb ist es vonnöten, dass die vorgeschlagene **Erhöhung der Kreisumlage** seitens der Verwaltung **mit 5,15 % Punkten auf eine Kreisumlage in Höhe von 37,9 % gemeinsam zu beschließen und gemeinsam zu tragen**. Natürlich schlagen gerade zum Faktum der Kreisumlage zwei Herzen in meiner Brust – zum einen meine Funktion als Stadträtin der Stadt Schwäbisch Gmünd und zum anderen meine Funktion als Kreisrätin für unseren Ostalbkreis.

Auf der einen Seite schmerzt diese Erhöhung auf städtischer Ebene und erschwert die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen des städtischen Haushalts kolossal. Gleichzeitig trage ich aber die Verantwortung für unseren gesamten Ostalbkreis, der wiederum den ÖPNV, unsere Infrastruktur im Kreis, die Gesundheitsversorgung, die Reform des BTHG, den Sozialaufgaben, welche aus dem SGB abgeleitet sind, tagtäglich umsetzen muss. Gesetzliche Vorgaben und Regelungen werden hier bei uns auf kommunaler Ebene, manifestiert und realisiert.

Folglich ist die Erhöhung der Kreisumlage essenziell.

Nur so garantieren wir, dass unser Ostalbkreis handlungsfähig, innovativ und patent bleibt. Unser Herzstück ist und bleibt unsere kommunale Solidargemeinschaft. Gerade in Krisenzeiten, ist der Zusammenhalt ein wichtiger Indikator. Unsere Haltung ist Spiegelbild unserer Handlungen und Entscheidungen. Wir haben es in der Hand, dass das Vertrauen in der Gesellschaft wieder verstärkt zu spüren ist, dass Zusammenhalt in schweren Zeiten die einzige Antwort der kommunalen Familie ist, dass wir mit Zuversicht handeln werden und die finanziellen Prioritäten, welche Sie in ihrer HH-Rede, lieber Herr Landrat skizziert haben setzen.

Ich werde nun zum Schluss unserer Stellungnahme kommen.

Nun ist es Zeit, für die recht kurze vergangene Legislaturzeit im neu gewählten Kreistag, DANKE zu sagen.

DANKE an meine Fraktionskollegin Dr. Monika Benk,

DANKE an Sie an Euch - liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag.

Unser **DANK** richtet sich vor allem an Sie, liebe Mitarbeiter*Innen der Kreisverwaltung.

Weiterhin sage ich DANKE an Sie lieber Herr Landrat Bläse, mit ihrem gesamten Team sowie Ihnen Herr Kämmerer Kurz.

DANKE an unseren Ostalbkreis und vor allem ein riesen-großes DANKESCHÖN an unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger hier im Ostalbkreis. Die Meschen sorgen dafür, dass durch ihr ehrenamtliches Engagement, dem Fleiß, der Innovation, dem Mut und vor allem dem solidarisches Zusammenhalt, unser Herzschlag stets am Laufen hält.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern MÖGLICH machen!“ -Antoine de Saint-Exupery-

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'C. Schneider', written in a cursive style.

Ihre Cynthia Schneider & Frau Dr. Monika Benk

Gruppierung:

DIE LINKE im Kreistag des Ostalbkreis